



Beitrag im EnergieRadar 06/25:

## EIW Energy Talk zu Energiekosten

Der EIW Energy Talk, eine neue Gesprächsreihe des Energieinstituts der Wirtschaft, startete mit einem wichtigen Thema: Energiekosten sind für die heimische Industrie und Wirtschaft ein zentraler Standortfaktor. Welche Auswirkungen die gestiegenen Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, aber auch auf ihre Investitionen in Klimaschutz haben, und welche Lösungsansätze an die Politik gerichtet werden, diskutierte eine Expertenrunde.

Die Attraktivität des Industriestandortes Österreich hat in den letzten Jahren in den Augen vieler Unternehmen abgenommen: Ob steigende Energiekosten, bürokratische Belastungen oder fehlende Infrastruktur – die Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen. Ende April lud das EIW daher zu einer Round-Table-Diskussion zum Thema „Energiekosten im Spannungsfeld von Versorgungssicherheit, Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit“. Der Einladung folgten...

- > Cristina Kramer – Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik,
- > Renate Keplinger – Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
- > Johannes Berger – EcoAustria Institute for Economic Research
- > Markus Steinhäusler – voestalpine AG, Group Public Affairs
- > Christian Tesch – oecolution Austria, Geschäftsführer, und
- > Enzo Zadra – Norske Skog Bruck GmbH, Geschäftsführer.



Von links im Uhrzeigersinn: Christian Tesch (oecolution), Johannes Berger (EcoAustria), Enzo Zadra (Norske Skog), Oliver Dworak (EIW), Renate Keplinger und Cristina Kramer (WKO), Markus Steinhäusler (voestalpine)

## Hohe Energiekosten belasten Wettbewerbsfähigkeit

Auf die Eingangsfrage von EIW-Geschäftsführer Oliver Dworak, wie sich die deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden heimischen Strompreise auf die österreichische energieintensive Industrie auswirken, strichen die Vertreter der Unternehmen vor allem den Vergleich mit Deutschland, Frankreich, Finnland und Norwegen heraus: Bis 2019 hatte Österreich wettbewerbsfähige Strompreise. 2024 lag aber der durchschnittliche Börsenstrompreis für Österreich bei 82 Euro pro Megawattstunde, in Deutschland betrug er 79 €/MWh, in Frankreich 58 €/MWh, in Finnland 46 €/MWh und in Norwegen 28 €/MWh. Steuern und Abgaben sind hier nicht miteingerechnet – aber auch individuelle Entlastungsinstrumente wie insbesondere die in allen anderen genannten Ländern seit Jahren umgesetzte ETS-Strompreiskompensation und die ARENH-Regelung in Frankreich, die für energieintensive Unternehmen in diesen Ländern zu deutlichen Kostenvorteilen führen. Weiters müssen die durch den Erneuerbaren-Ausbau steigenden Netzentgelte kosteneffiziente Lösungen für Betriebe ermöglichen, die durch netzdienliches Verhalten und flexible Produktion zur Stabilisierung der Netze beitragen. Ohne wettbewerbsfähige Energiepreise – sowohl Gase als auch Strom – seien energieintensive Betriebe in Österreich in Zukunft kaum international wettbewerbsfähig. Investitionen in Projekte zur Transformation in Richtung Klimaneutralität benötigen darüber hinaus höchstmögliche Planbarkeit.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass die heimische Industrie dringend planbare Kosten und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen braucht, um nicht im globalen Wettbewerb weiter zurückzufallen. Derzeit herrsche ein Missverhältnis zwischen gesetzlichen Verpflichtungen und Kosten auf der einen Seite, und Finanzierung und Umsetzung konkreter Maßnahmen auf der anderen Seite. So sei auch in Österreich die vollständige Umsetzung der ETS-Strompreiskompensation bis 2030 unbedingt erforderlich, wie von der EU-Kommission empfohlen, um stromintensive Industrien von den indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten zu entlasten. Mehrere für die Energiewende und die Transformation der Industrie zentrale gesetzliche Vorhaben, wie das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG), das Erneuerbare-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) und eine wettbewerbskonforme, zukunftsorientierte Umsetzung der Erneuerbare Energien Richtlinie fehlen nach wie vor als zentrale Entscheidungsgrundlagen für die Zielpfade der Transformation. Auch auf europäischer Ebene spreche der „Clean Industrial Deal“, mit dem die Dekarbonisierung doch noch zum Wachstumsmotor für die europäische Wirtschaft werden soll, zwar die Herausforderungen der Industrie klar an; für die Umsetzung der ambitionierten Ziele bleiben jedoch auch im EU-Aktionsplan für bezahlbare Energie noch einige Fragezeichen offen. So müssen etwa strategische Vergaberegeln zur Förderung grüner Leitmärkte mit Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb vereinbar sein, um effektive Anreize für „grüne“ Investitionen zu setzen. Auch der EU-Beihilferahmen müsse an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden, um CapEX und OpEX-Kosten im Rahmen der Transformation entsprechend zu berücksichtigen.



*Renate Kepplinger und Cristina Kramer (WKO)*



*Markus Steinhäusler (voestalpine)*

### Planbare Rahmenbedingungen benötigt

Die Diskussionsteilnehmer merkten an, dass die Energiepreise trotz deutlichem Rückgang gegenüber 2022 und 2023 weiterhin klar über dem Niveau vor der Energiekrise liegen. Die Differenz zwischen Energiepreisen in Europa und der USA habe sich mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine weiter vergrößert – und dies in einem ohnehin schwachen konjunkturellen Umfeld. Gestiegene Gaspreise wirken über die Preisbildung am Strommarkt via Merit Order auf die Strompreise und treiben damit auch die Inflation nach oben. Auch die im internationalen Vergleich hohen Lohnstückkosten, neue Probleme mit wichtigen Handelspartnern als Folge der extremen Zollpolitik der neuen US-Regierung wie auch das Budgetdefizit belasten die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Wichtige Maßnahmen, wie etwa die Verlängerung der ETS-Strompreiskompensation gemäß Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG 2022) zum Ausgleich indirekter CO<sub>2</sub>-Kosten und zur Vermeidung von Carbon Leakage, würden direkt wirken und haben keinen großen Finanzierungsbedarf, weil sie sehr zielgerichtet energieintensive Unternehmen entlasten. Ohne solche Entlastungsmechanismen werde die energieintensive Industrie in Österreich dauerhaft nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können. Man zeigte sich überzeugt, dass die Unternehmen der Industrie die Herausforderungen der Transformation bewältigen können, sofern sie durch sinnvolle und planbare Rahmenbedingungen dabei unterstützt werden. Dies sollte zeitnahe durch gezielte Unterstützung erfolgen – etwa in Form von Investitionsförderungen und Entlastungen bei den Produktionskosten.

### Fördermittel effizient einsetzen

Auf die Frage nach den aktuellen Herausforderungen der Wirtschaft im Energiebereich nannten die Experten die ausständigen gesetzlichen Regelungen zum kosteneffizienten Umstieg auf erneuerbare Energien und fehlende budgetäre Mittel als große Probleme. Wichtig sei ein enger Austausch der Politik mit den betroffenen Unternehmen und Interessenvertretungen. Ein höherer Fokus auf Fördereffizienz sei beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren unvermeidbar, der Hochlauf erneuerbarer Gase dürfe angesichts der ohnehin angespannten Situation bei den Energiekosten nicht zu weiteren Belastungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe führen. Die Wirtschaft erwarte zurecht einen verstärkten Fokus auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und weniger Augenmerk auf Symbolpolitik und das Hochschrauben von Zielen. Im Sinne eines effizienten Mitteleinsatzes sollten Förderungen langfristige standortpolitische Ziele als Anschubfinanzierung unterstützen. Sie sollten nicht nur wirksam in der Zielerreichung sein, sondern auch konsequent evaluiert werden, ebenso wie bestehende gesetzliche Regelungen.



*Christian Tesch (oecolution), Johannes Berger (EcoAustria)*



*Enzo Zadra (Norske Skog)*

## Ambitionierte Ziele müssen umsetzbar sein

Den Unternehmen laufe die Zeit davon, wurde ergänzt. Um notwendige Investitionsentscheidungen treffen zu können, benötigen die Betriebe ein klares Regulierungsumfeld. Hier fehlen aber noch wesentliche Puzzleteile, z.B. ein neues Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) und eine Aktualisierung des Gaswirtschaftsgesetzes (GWG). Genauso wichtig sind wettbewerbsfähige Produktionskosten – die Energiekosten haben hier einen entscheidenden Anteil. Gas- und Strompreise werden im internationalen Vergleich auch weiterhin hoch bleiben. In der Vergangenheit habe sich die Merit Order als europäisches Modell der Strompreisbildung durch allmählich sinkende Preise und hohe Versorgungssicherheit vorteilhaft für Kunden ausgewirkt. Man müsse aber anerkennen, dass in der Energiekrise 2022 sowohl bei geringem Angebot als auch bezüglich der Nutzung geringer OpEX erneuerbarer Energien ihre Limitierungen sichtbar geworden sind. Zur Entlastung der Kunden wäre es daher erforderlich, auf europäischer Ebene einen Mechanismus zur temporären Entkoppelung von Strom- und Gaspreisen in Krisenzeiten einzuführen, zum Beispiel nach dem Vorbild Spaniens und Portugals. Wenn die Politik ambitionierte Zielsetzungen vorgibt, müssen die Unternehmen auch realistische Möglichkeiten haben, diese auf Basis betriebswirtschaftlich plausibler Kalkulationen zu erreichen – wie etwa beim Umstieg auf erneuerbare Energie, z.B. grünen Wasserstoff. Hier fehlen weitestgehend die erforderlichen Mengen zu wettbewerbsfähigen Kosten. Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft zu erhalten, muss Golden Plating, – also das einseitige Übererfüllen von europaweit einheitlichen Regelungen – vermieden werden. Grundsätzlich sollte man sich beim Setzen von politischen Zielen vermehrt darauf konzentrieren, was man erreichen möchte und dies ermöglichen – z.B. den Aufbau neuer technischer Lösungsansätze – statt darauf, was man vermeiden oder verbieten möchte.

## Standortsicherung als Beitrag zum Klimaschutz

Die Politik habe die Herausforderungen wohl erkannt, die Umsetzung sei aber aufgrund unterschiedlicher Prioritäten oft schwierig, wurde festgestellt. Ein Teilnehmer verglich das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung mit dem neuen deutschen Regierungsvertrag. Manche Punkte seien in Deutschland klarer formuliert, so etwa der enge Zusammenhang von Klima- und Standortpolitik, die Technologieoffenheit und das Bekenntnis zur Senkung von Energiekosten. Aufgrund des Budgetdefizits stehen in Österreich zentrale Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt, Deutschland habe es da etwas leichter. Maßnahmen auf ihre Effizienz zu prüfen sei jetzt ein Gebot der Stunde.



Auch in seinem monatlichen Energiemarkt-Update hat das EIW wiederholt dokumentiert, dass Strom in der EU für Industriekunden um ein Vielfaches teurer ist als in den USA oder China.

Grafik: EIW • Quelle: Heussaff, Conall: [Decarbonising for competitiveness: Four ways to reduce European energy prices.](#) (Dez. 2024)

In der von oecolution mitbeauftragten und kürzlich veröffentlichten climAconsum-Studie des Instituts für Industrielle Ökologie wird eindeutig nachgewiesen, dass die Produktion von wichtigen Gütern wie Stahl oder Kunststoffen in Österreich mit geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden ist als deren Import. Daraus wird klar, dass es nicht nur für die Gesellschaft und die Wirtschaft wichtig sein wird, die Industrie in Österreich zu halten, sondern auch für das Klima. Österreichs industrielle Basis ist eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand – Klimaschutz funktioniert nur gemeinsam mit der Wirtschaft, nicht gegen sie. Bürokratische Belastungen durch neue kleinteilige Regelungen, die unternehmerische Kapazitäten binden und Kosten erhöhen, müssen vermieden werden. Grundsätzlich seien öffentliche Ausgaben zur Verbesserung der Standortbedingungen für die gesamte Industrie und Wirtschaft gegenüber vereinzelt Förderungen und Subventionen vorzuziehen.

Für die Unternehmen sei ein ganzheitlicher Ansatz der Rahmenbedingungen unverzichtbar, um die Industrie in der Breite langfristig zu stärken. Die Produktion von Primärgütern sei die Basis für zahlreiche volkswirtschaftlich bedeutende Wertschöpfungsketten. Der 2026 mit der Implementation des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs (CBAM) beginnende Rückgang der Gratiszuteilung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im EU-Emissionshandel stelle eine enorme Belastung im internationalen Wettbewerb dar. Da der CBAM nur am europäischen Markt wirkt, sind Exporte in Drittländer ohne entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung stark benachteiligt. Die europäische Stahlindustrie dränge etwa auf eine Anpassung der CBAM-Verordnung, um solche Exporte vom Abbau der Gratiszuteilung im Rahmen des EU ETS auszunehmen. Die fehlende Allokation sowie die sich abzeichnenden Lücken des CBAM werden somit auch zum Hemmschuh für Innovationen und neue Produkte – obwohl der CBAM langfristig klimaneutrale Produkte begünstigen soll. Um die enormen, mit der Transformation der Produktion in Richtung Klimaneutralität verbundenen Investitionen planen, freigeben und umsetzen zu können, sind berechenbare und wettbewerbskonforme Rahmenbedingungen erforderlich, die über parteipolitischen Kalkülen stehen müssen. Es fehlen aber immer noch entscheidende Festlegungen zur Vollenwendung des CBAM, die ja bereits Anfang 2026 starten soll.

### **Strompreiskompensation verlängern**

Ergänzend zeigten sich die Vertreter der Industrie davon überzeugt, dass es durch EU-weit stark unterschiedliche Förderungen zu Verwerfungen im Binnenmarkt komme, die schwer zu korrigieren sind. Die in Österreich nur für ein Jahr umgesetzte ETS-Strompreiskompensation sei ein solches Thema. Fünfzehn andere europäische Staaten – darunter die wichtigsten Mitbewerber wie Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Polen und die skandinavischen Länder Norwegen und Finnland – haben die Bedeutung des Instruments für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie längst erkannt. Österreich müsse hier unbedingt nachziehen und das Instrument EU-konform bis 2030 verlängern – nur wenn Unternehmen am Wirtschaftsstandort Österreich wettbewerbsfähig produzieren können, werden sie die Transformation in Richtung Klimaneutralität erfolgreich finanzieren und umsetzen. Dazu gehört auch der konsequente Abbau bürokratischer Hürden – so dauern UVP-Prüfungen einfach zu lange. Man vertrat auch die Meinung, dass im Rahmen der Diskussion zur Anpassung der Merit Order auf europäischer Ebene neben der Komponente der Verlässlichkeit und Versorgungssicherheit auch der Aspekt der Wirtschaftlichkeit stärker berücksichtigt werden müsse. Leistbare Energiekosten müssen am Markt entstehen, nicht über Förderungen. Und schließlich sei es wichtig, immer wieder die ökologischen und gesellschaftlichen Leistungen und Benefits der Industrie aufzuzeigen, die insbesondere als Basis von Wertschöpfungsketten einschließlich Forschung und Entwicklung dienen. Dazu gehört der Beitrag der Industrie zur Stabilisierung der Netze, die Auskopplung von Strom und Fernwärme für den regionalen Bedarf, die Aufbereitung der Produktionsabwässer, das Schließen von Stoffkreisläufen und andere Leistungen.